



Edito

Notwendige Steuerreform

Nachdem die Frage der künftigen Ehegattenbesteuerung vor ca. 2 Jahren zu keinem klaren Ergebnis geführt hat, will der Bund auf die Reform des Steuersystems verzichten und einige notwendige Korrekturen zu Gunsten einer steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern umsetzen. Dies geht aus einer Vernehmlassung des Bundes in diesem Frühjahr hervor.

Die Vorlage ist stark auf Kompromisse ausgerichtet und man verpasst einmal mehr die Chance, den Systemscheid in Richtung der Individualbesteuerung anzupacken. Die steuerliche Bevorzugung des Konkubinats wird beibehalten, Ehepaare werden auch in Zukunft schlechter gestellt bleiben.

Mit diesem alten System werden zusätzlich auch die Ehepartner als Zweitverdiener mit den hohen Grenzsteuersätzen bestraft. Auch wenn momentan unsere Wirtschaft eine Baisse durchwandert, wird der Arbeitsmarkt auch künftig nicht auf diese gut ausgebildeten Arbeitskräfte verzichten können. Diese Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft mit dem veralteten Steuersystem zu bestrafen ist grundlegend falsch. Immerhin sieht die Vorlage vor, dass die Kosten der Fremdbetreuung der Kinder nun steuerlich abgezogen werden können. Dies vorerst aber noch auf einem sehr bescheidenen Niveau.

Mit diesen Korrekturen dürfen wir aber die notwendige Vereinfachung des Steuersystems nicht aus den Augen verlieren. Die Besteuerung in der Schweiz ist äusserst kompliziert und mit vielen Ausnahmen und Abzügen auch sehr undurchsichtig. Mit unserer Steuerpolitik wollen wir gleichzeitig Familien-, Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik betreiben. Doch alles können wir nicht unter das gleiche Dach stellen. Mit einer grundlegenden Vereinfachung und Erneuerung unseres Steuersystems sollten wir den Aufwand für die Steuerzahler wie auch für die Steuerverwaltung reduzieren und die steuerliche Attraktivität der Schweiz weiter verbessern. Zusätzlich sollte Mehrarbeit nicht automatisch eine Steuerstrafe nach sich ziehen.

Jörg Schnyder, Präsident FDP-Sense

Gedanken zu Wirtschaft und Wachstum



Jeden Tag wird uns Zig-Mal von den Medien und nicht zu letzt auch von der Politik eingehämmert, dass wir uns in einer schlimmen Wirtschaftskrise befinden. Massstab für die durchwegs negativen Schlagzeilen ist das BIP, das Bruttoinlandprodukt. Das ist die Summe der Marktwerte aller Güter und Dienstleistungen, die während eines Jahres in einem Land produziert werden. Und wenn das während 2 aufeinander folgenden Quartalen zurück geht, redet man von einer Rezession. Und die haben wir tatsächlich. Die Medien haben diese mittlerweile zu einer katastrophalen Wirtschaftskrise erklärt. Und die soll behoben werden.

In der Folge werden von fast allen Parteien Ankurbelungsprogramme gefordert. Selbst Kleinstkantone wollen nicht nachstehen und opfern Millionen (die sie meist nicht haben). Das sind nicht wirtschaftliche, sondern politisch motivierte Hilfsprogramme. Gut gemeint, aber wohl kaum effektiv. Zum einen, weil die «Krise» importiert ist. Die Hauptzahl der Firmen, welche teils massive Bestellungenrückgänge zu verzeichnen haben, sind exportabhängig. Denen ist nicht geholfen, wenn Gelder zum vorgezogenen Teeren von Kantonstrassen locker gemacht werden. Zum andern braucht es zum merkbaren Impulsieren der Wirtschaft wesentlich mehr Geld, als Bund und Kantone geplant haben.

Wie dem auch sei, das Credo lautet hüben und drüben: mehr Wachstum. Seit 1968 ist das BIP um ca. 60% gewachsen. Dieses Wachstum hat zweifellos zu einem grossen materiellen Wohlstand geführt. Nein, zu Überfluss. Wir haben doch längst von allem mehr, als wir brauchen, produzieren Abfall wie nie zuvor, werden krank, weil wir zu viel essen. Und jetzt soll noch mehr

Wachstum her. Auf Teufel komm raus und auf immer und ewig. Das ist nach allen Erkenntnissen der Biologie, der Systemtheorie, der Ökologie des gesunden Menschenverstand blanker Unsinn.

Wie lange kann denn ein BIP wachsen? Die angestrebten 3% Wachstum pro Jahr bedeuten Verdoppelung in 24 Jahren. Was soll denn verdoppelt werden, was soll denn wachsen? Soll ich noch mehr Dinge kaufen, die ich gar nicht brauche? Noch mehr essen? Noch mehr Möbel, Autos, Fernseher und PC's, Handys und Abwaschmaschinen?

Wir vergessen offenbar die Dialektik des Wachstums. Wachstum heisst nämlich immer auch Mehrverbrauch von Rohstoffen. Und von denen haben wir nicht unbegrenzt. Jeden Liter Oel, den wir brauchen, ist unwiederbringlich weg, wächst nicht nach. Zu ende gedacht heisst das, dass wir eines Tages keine «klassischen» Rohstoffe mehr haben werden. «In einer solchen Krisensituation werden die Preise in die Höhe schnellen und zu Innovationen führen» meinen die BIP-Wachstums-Apostel. Mit Innovationen? Die Geschichte zeigt ein anderes Bild. Die letzte grosse Krise der dreissiger Jahre wurde mit einem Weltkrieg «gelöst» mit Abermillionen von Toten und die momentane «Krise» wird «gelöst» in dem Staaten Geld, das sie nicht haben, ins kranke System pumpen. Nicht gerade innovativ, oder?

Man braucht bei Gott kein Grüner zu sein um zu erkennen, dass wirtschaftliches Wachstum nicht von den Gegebenheiten der Natur abgekoppelt betrachtet werden kann. Wir hängen nun mal von der Natur ab. Technik hin oder her. Wenn grüne Kreise klagen, Wachstum mache die Natur kapput, behaupten Wachstumstalibane, dass Wachstum erst Umweltschutz ermögliche. Eine seltsame Logik. Wir müssen also mehr produzieren und kon-

sumieren, damit wir die durch dieses Wachstum entstandenen Abfälle und Umweltschäden besser in den Griff bekommen.

Das erinnert an die Geschichte mit den Gasmasken. Ein Verkäufer wollte Elchen im hohen Norden Gasmasken verkaufen und machte ihnen ein Angebot. Der Oberelch lehnte höflich ab. «Das brauchen wir hier nicht, unsere Luft ist sehr sauber». «Ihr werdet schon noch Gasmasken brauchen», entgegnete der Verkäufer und ging des Weges. Kurz darauf erstellte er im Elchenwald eine riesige Fabrik, die Schwaden weissen Rauch mit giftigen Abgasen in das Elchenrevier ausströmte. Die Augen der Elche begannen zu tränen und sie begannen fürchterlich zu husten und zu röcheln. Da wandte sich der Oberelch an den Verkäufer und bat um ein Angebot für Gasmasken. Der Verkäufer freute sich riesig und verkaufte den Elchen palettenweise Gasmasken. Als sie sich verabschiedeten, wollte der Oberelch vom Verkäufer wissen, was denn in der Fabrik hergestellt werde. «Gasmasken», sagte der, »nichts als Gasmasken«.....

Beat Brüllhart, Düdingen
Vizepräsident FDP Sense

Inhaltsverzeichnis

- Seite 1** – Edito
– Gedanken zu Wirtschaft und Wachstum
- Seite 2** – Treffpunkt Wirtschaft
- Seite 3** – Der biometrische Pass: Fluch oder Segen?
– JA zur Komplementärmedizin
- Seite 4** – Wirtschaftskrise im Sensebezirk?
– Einladung zur Generalversammlung
– Gemeindeversammlung versus Generalrat

Treff-●Wirtschaft

W. Schweizer AG, Düdingen – ein erfolgreicher Nischenplayer

Durch ein MBO (Management Buy Out) haben Josef Baeriswyl und Heinz Kröpfli im Jahre 1995 die Firma W. Schweizer AG in Düdingen mit damals 12 Mitarbeitenden übernommen. Das Unternehmen hat sich in den Bereichen hochpräzise, mechanische Verarbeitung, Cam, CNC-Production, Prototypenbau sowie die Montage von Baugruppen spezialisiert und beschäftigt heute 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Impuls sprach mit dem Geschäftsführer, Josef Baeriswyl.

1995 wurden Sie Unternehmer und haben zusammen mit Ihrem Partner, Heinz Kröpfli, die W. Schweizer AG übernommen. Welches waren dabei die besonderen Herausforderungen? Eindeutig die Finanzierung. Zuerst einmal ging es darum, den Kaufpreis auf zu bringen. Dazu – der Betrieb war damals nicht auf den neuesten, technischen Stand – mussten die notwendigen Investitionen in neue Maschinen gemacht, und gleichzeitig die Mittel für den Alltagsbetrieb sichergestellt werden. Kein leichtes Unterfangen.

Erhielten Sie Unterstützung? Ja. Wir erhielten grosse Unterstützung, namentlich von der Wirtschaftsförderung. Zudem haben uns die Banken, bis auf eine Ausnahme, hervorragend unterstützt. Ohne sie und die Wirtschaftsförderung gäbe es uns heute nicht.

Was ist Ihre «Erfolgsstrategie»? Wir sind – und wollen es auch in Zukunft sein – ein Nischenplayer. Da muss man seinen Markt genauestens kennen. Als wir damals begannen,

stellten wir fest, dass der Bereich Horizontalfräsen eine Nische mit grossem Wachstumspotential ist. Also haben wir in diesen Bereich investiert, was sich bis heute als richtig erwiesen hat. Zudem wollen wir stets schneller und besser als die andern sein. Dies bedingt wiederum täglich Verbesserung, täglich Optimierung in kleinen Schritten. Das wird wohl nie zu Ende sein. Und schliesslich wollen wir immer auf dem neuesten Stand der Technik sein. Wenn es in unserem Bereich neue Technologien gibt, sind wir die ersten, die sie auch anwenden.

Wie beurteilen Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage?

Als Zulieferer der Industrie haben auch wir im Moment happige Einbrüche zu verzeichnen. Andererseits haben wir Bereiche, wo wir in diesem Jahr noch zugelegt haben. Aufgrund der Gespräche mit unseren Kunden sollte sich die Situation ab Herbst normalisieren.

Was empfehlen Sie einem jungen Menschen, der Unternehmer werden will?

Man muss total überzeugt sein, von dem, was man tut und vorhat. Man

muss seinen Markt bestens kennen. Und es genügt nicht, nur fachlich auf der Höhe zu sein. Fundierte betriebswirtschaftliche Kenntnisse sind mindestens eben so wichtig.

Was erwarten Sie von der Politik?

Endlich weniger Belastung des Unternehmens mit vom Staat gefordertem, administrativem Kram. Das wünsche ich mir schon seit Jahren, seit Jahren wird es versprochen. Nur: passieren tut nichts. Im Gegenteil. Es wird von Jahr zu Jahr schlimmer.



www.sensia.info

SENSIA AG
Kreation in Karton und Papier

Die Druckerei mit dem guten Auge!

heizen kühlen lüften regeln sanitär
chauffer refroidir ventiler régler sanitaire

RIEDO CLIMA ISO 9001

Riedo Clima AG Düdingen
Warpelstrasse 12, 3186 Düdingen
Tel. 026 492 94 00 office@riedoclima.ch
Fax 026 492 94 01 www.riedoclima.ch

MODE oberson
bahnhofzentrum düdingen

mehr [als] mode

emmental
versicherung

Die Versicherung für KMU,
Privathaushalt und Landwirtschaft

Ernst Schneider-Roux • Agentur Alterswil
Tel. 026 494 12 69 • Mobile 078 606 62 96 • Fax 026 494 25 27

Für zu Fasel

Ihr VW-Vertreter im Sensebezirk!

Garage Fasel Düdingen
Telefon 026 493 16 16 • www.garagefasel.ch

antros

Zukunftsorientierte,
erfolgreiche Unternehmensführung

Beat Brühlhart
CH-3186 Düdinaen

www.antros.ch
info@antros.ch

Wir haben was Sie suchen.

LEHMANN
AMBIENTE

Möbel Lehmann AG
Direkt bei der Autobahnausfahrt Düdingen
www.lehmann.info

Lüdi, Berry Wines Beerenkulturen

Balbertswil 8, 3186 Düdingen

www.berrywines.ch
info@berrywines.ch

Umweltgerechte Entsorgung
von

- Klärgruben
- Ölabscheiderschlämme
- Altöl
- Kehrriecht

Reinigung, TV – Kontrolle
und Sanierung
von Kanalisationen

Tel. 026 494 11 57
Fax 026 494 23 17

trans-auto g
Tafers/Fribourg

STERNHAUS DÜDINGEN AG

Architekturbüro + Generalunternehmung
Peterstrasse 2, 3186 Düdingen, Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch

Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

ZENTRUM GARAGE
WALTHER

3186 Düdingen www.zentrum-garage.ch

Das grösste Garten-Center der Region

- Pflanzen aus unserer eigenen Baumschulproduktion mit Premium-Qualität®
- Spezialist für Schwimmbäder und Jacuzzi® (1000 m² Ausstellung)

AEBI-KADERLI
GARTEN-CENTER

3186 Düdingen FR • Tel. 026 488 33 33
3049 Säriswil/Innerberg BE • Tel. 031 828 84 84
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 09.00–18.30 Uhr
Samstag 08.00–16.00 Uhr

CLUB PISCINE

www.aebi-kaderli.ch

Der biometrische Pass: Fluch oder Segen?



Am kommenden 17. Mai stimmen wir über die biometrischen Pässe ab, in denen neu Fingerabdrücke gespeichert sind. Um was geht es?

Bereits haben über 50 Staaten einen Pass eingeführt, in dem biometrische Daten wie Foto und Fingerabdrücke auf einem Chip elektronisch gespeichert sind. Es handelt sich somit um keine schweizerische Erfindung, sondern der biometrische Pass wird der Schweiz durch das

Ausland praktisch aufgezwungen. Bereits heute können Schweizerinnen und Schweizer nur dann ohne Visum in die USA einreisen, wenn ein nach Oktober 2006 ausgestellter Pass ein elektronisch gespeichertes Foto enthält.

Zur Pflicht wird der biometrische Pass für die Schweiz mit der Weiterführung des Schengen-Rechts. Ab März 2010 darf sie nur noch Pässe ausstellen, in denen die Personalien, das Foto und zwei Fingerabdrücke elektronisch gespeichert sind. Tut sie das nicht, scheidet sie aus dem Schengen-Raum aus.

Zur Abstimmung über die biometrischen Ausweise kommt es, weil gegen das Ausweisgesetz das Referendum ergriffen wurde. Das Referendumskomitee macht u.a. geltend, das Schengenabkommen verlange keine zentrale Datenbank und es setzt sich dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger weiterhin wählen kann, ob sie/er einen

biometrischen oder einen nicht-biometrischen Pass will. Kritisiert werden auch die Mehrkosten, und die Tatsache, dass der biometrische Pass nicht mehr in der eigenen Wohngemeinde beantragt werden kann, sondern in kantonalen Erfassungszentren.

Was spricht für den «E-Pass»?

Dank den elektronisch lesbaren biometrischen Daten im E-Pass wird es bedeutend schwieriger, einen verlorenen oder gestohlenen Pass missbräuchlich zu verwenden, da die Daten eine verlässlichere Erkennung der Passinhaberin oder des Passinhabers erlauben als bisher. Entsprechend werden Personen gegen den Missbrauch ihres Ausweises und ihrer Identität geschützt. Der Bundesrat hat für den E-Pass die folgenden Preise vorgeschlagen:

für Erwachsene 140 Franken, im Kombiangebot mit der ID 148 Franken, für Kinder und Jugendliche 60 Franken bzw. 68 Franken im Kombiangebot.

Der biometrische Pass gewährleistet die Reisefreiheit für alle Schweizerinnen und Schweizer. Bei einer Abwägung der Vor- und Nachteile stellt man fest, dass der biometrische Pass eine internationale Realität ist, der sich die Schweiz nicht entziehen kann, wenn sie nicht erhebliche Nachteile in Kauf nehmen will.

Welche Konsequenzen zieht eine Ablehnung nach sich?

Bei einem Nein des Volkes müsste wohl rasch eine neue Vorlage erarbeitet werden, um nicht zu riskieren, dass der Schengenvertrag ausser Kraft gesetzt wird.

Der biometrische Pass ist weder Fluch noch Segen, sondern schlicht eine Notwendigkeit.

Die FDP-Sense empfiehlt daher, der Vorlage zuzustimmen und ein JA in die Urne zu legen.

Peter Rentsch, St. Ursen

JA zur Komplementärmedizin



Ich danke der FDP, dass sie mir, als Nicht-Mitglied, die Möglichkeit gibt, hier ein paar Worte zur Abstimmung vom 17. Mai 2009 zu schreiben.

Ich bin als diplomierte Kinesiologin seit einigen Jahren hier in Düringen in eigener Praxis tätig. Mir begegnen tagtäglich die unterschiedlichsten Schicksale. Was für den einen Menschen ein grosses Problem ist, erscheint dem anderen geradezu unwichtig. Jeder Mensch, jedes Schicksal ist für mich gleich wichtig und stellt eine neue, grosse Herausforderung dar, der ich immer versuche gerecht zu werden.

Warum brauchen wir die Komplementär Medizin unbedingt in der Grundversicherung?

Ganz einfach, weil die Schulmedizin, auf die wir alle früher oder später angewiesen sind, oft an ihre Grenzen stösst. Vor allem Menschen mit chronischen Leiden, wie zum Beispiel Fibromyalgie, dauernden Schmerzen oder Schlafproblemen finden den Weg in meine Praxis. Aber auch Kinder mit Schulproblemen oder mit unterschiedlichsten Ängsten kommen zu mir oder zu anderen Vertretern der Komplementärmedizin. Was können wir hier tun, was die Schulmedizin nicht oder nur eingeschränkt tun kann? Auf der Schulmedizin lastet ein immer grösser werdender Zeitdruck. Unsere Hausärzte stossen an ihre Gren-

zen, sie müssen immer mehr leisten und können immer weniger abrechnen. Bei ihrem enormen Arbeitspensum sind sie oft nicht in der Lage, für jeden Patienten genügend Zeit aufzuwenden, um der wirklichen Ursache eines Leidens auf den Grund zu gehen. Hier hat die Komplementärmedizin eine ganz wichtige Aufgabe, nämlich zusammen mit der Schulmedizin helfend einzugreifen. Bei der Abstimmung vom 17. Mai geht es um 5 Richtungen der Komplementärmedizin, die hauptsächlich von Schulmedizinern ausgeübt werden. Diese Therapieformen benötigen mehr Zeit für die einzelnen Patienten. Sie sind aber auch sehr oft in der Lage, das Übel, sprich die Krankheit, bei der Wurzel zu packen und beschränken sich nicht auf Symptombekämpfung. Die Kosten im Gesundheitswesen explodieren, das wissen wir alle. Auf die Dauer kommt es sicher billiger, wenn dem Menschen grundsätzlich geholfen werden kann und Schmerzen z.B. nicht einfach mit Medikamenten «versteckt» werden. Ich höre immer wieder: »Die Schulmedizin weiss nicht weiter, ich muss mit dem Schmerz, dieser Bewegungseinschränkung etc. für immer leben«. Sehr, sehr oft können aber genau hier diese 5 Richtungen oder eben noch ganz viele andere Therapieformen helfen. Dass nicht jede Therapieform in die Grundversicherung aufgenommen werden kann, ist richtig. Jeder Mensch sollte aber unabhängig von seinem Portemonnaie, die Möglichkeit haben, Komplementärmedizin in Anspruch nehmen zu können. Wenn nur noch sehr gut Verdienende diese Therapieformen wählen können, landen wir sehr schnell bei der Zweiklassen-Medizin. Der Zugang zu vielen anderen Therapieformen wird mit dem Abschluss einer Zusatzversicherung möglich. Dass diese Therapeuten über eine fundierte Ausbildung verfügen müssen, versteht sich von selbst.

Die Komplementärmedizin wird heute immer noch an den Rand gedrückt,

weil nur eine kleine Anzahl von Ärzten über eine entsprechende Zusatzausbildung verfügt. Wenn die 5 wichtigsten Therapieformen nicht wieder in die Grundversicherung aufgenommen werden, verpassen wir eine ganz, ganz grosse Chance, der Komplementärme-

dizin ihren wichtigen Platz neben der Schulmedizin zu sichern. Miteinander können beide Richtungen sehr viel Gutes erreichen. Die eine Richtung schliesst die andere nicht aus. Im Gegenteil! Sie ergänzen sich!

Heidi Hayoz, Düringen

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

1

Bulletin de vote pour la votation populaire du 17 mai 2009
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 17. Mai 2009

| | Réponse Antwort |
|--|--------------------|
| <p>Acceptez-vous l'article constitutionnel «Pour la prise en compte des médecines complémentaires»? (Contre-projet à l'initiative populaire «Oui aux médecines complémentaires», qui a été retirée)</p> | JA |
| <p>Wollen Sie den Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» annehmen? (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin»)</p> | JA |

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

2

Bulletin de vote pour la votation populaire du 17 mai 2009
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 17. Mai 2009

| | Réponse Antwort |
|--|--------------------|
| <p>Acceptez-vous l'arrêté fédéral du 13 juin 2008 portant approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et la Communauté européenne concernant la reprise du Règlement (CE) 2252/2004 relatif aux passes biométriques et aux documents de voyage (Développement de l'Acquis de Schengen)?</p> | JA |
| <p>Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) annehmen?</p> | JA |

868001536

Wirtschaftskrise im Sensebezirk?

Was zuerst nach einer starken Grippe aussah, hat unterdessen den Charakter einer Lungenentzündung angenommen. Jedenfalls ergibt sich diese Schlussfolgerung aus den täglichen Meldungen über die Krise in der Weltwirtschaft. Trifft dies auch für unseren Bezirk zu? Ein paar Zahlen und Beobachtungen zur Wirtschaft im Bezirk lassen die Schlussfolgerung zu: Nein, eher am Rande! Im Primärsektor (Landwirtschaft) sind 6.5 % der Arbeitskräfte tätig. Sie sind zwar dem Strukturwandel ausgesetzt, aber von der Wirtschaftskrise sind sie dank Direktzahlungen und abgeschoteten Grenzen geschützt. In der Industrie arbeiten 25 % der Bevölkerung. Es sind ausser der SIKA lauter KMU's. Sie sind mit wenigen Ausnahmen vorwiegend im Inland oder als Zulieferer der Bauindustrie tätig und spüren damit den Einbruch weniger. Namentlich die Bauindustrie kann ja mit Geld aus dem Stützungsprogramm der öffentlichen Hand rechnen. Die Exportindustrie, die eigentlich dieses Geld nötig hätte, weil sie am meisten unter der Krise leidet, ist bei uns weniger stark vertreten. Aber hier ist es bereits zu Entlassungen (Co-

met) und Kurzarbeit (Extramet) gekommen und ist wohl mit weiteren zu rechnen. Im Dienstleistungssektor arbeiten bei uns 53.5 % der Erwerbstätigen. Sie sind vorwiegend in krisensicheren Bereichen tätig, wie Verwaltung, Gesundheit, Schulen usw. Die Finanzindustrie und der Tourismus sind im Sensebezirk wenig vertreten.

Auf die gesamte Bevölkerung bezogen werden wir eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit behalten. Weniger Leute als in anderen Regionen haben bei uns, der Weltwirtschaftskrise wegen, Grund zum Jammern (aber wir sind gewohnt, dies auf hohem Niveau zu tun!). Auch die Verluste an der Börse treffen offenbar nicht sehr viele. Dies zeigt ein Blick in die Statistik des Kantons zur Vermögenssteuer. Diese Schlussfolgerungen lassen eine weitere Aussage zu: Bei uns wohnen kaum reiche Leute und jene Industrie wie die Pharma oder Banken, die hohe Löhne zahlen – und wie letztere jetzt besonders unter der Krise leiden – gibt es auch nicht.

Paul Fries, Wünnewil

Einladung zur Generalversammlung 2009 der FDP Sense

**Die FDP Sense freut sich,
Sie zur Generalversammlung 2009
vom Dienstag, 5. Mai 2009, 19.30 Uhr,
im Restaurant Schlüssel in Überstorf,
einzuladen.**

Traktanden:

1. Begrüssung und Protokoll der letzten
2. Jahresbericht
3. Finanzen
4. Wahlen
5. Verschiedenes

Im Anschluss an die GV wird Herr Staatsrat Claude Lässer ein Referat zum Thema «Finanzpolitik in der Rezession – Möglichkeiten und Risiken» halten.

PS: Parkplätze sind in genügender Anzahl direkt vor dem Restaurant Schlüssel oder auf dem Parkplatz vor dem Gemeindehaus in Überstorf verfügbar.

Gemeindeversammlung versus Generalrat

.....oder welches System genügt den Ansprüchen und Herausforderungen einer Gemeinde mit über 7'000 Einwohnern besser?



Das Ringen um Mehrheiten

Anfangs der achtziger Jahre verordnete der Kanton den Gemeinden in dieser Frage eine neue Organisationsform.

Danach mussten Gemeinden ab einer bestimmten Grösse (mehr als 3'000 Einwohner) die Gemeindeversammlung durch einen Generalrat ersetzen. Dass solche Verordnungen in einer Demokratie mit föderalistischen Strukturen nicht gut ankommen, hat sich auch in dieser Frage bewährt. Die Gegner dieser von oben verordneten Organisationsform stellten sich zur Wehr und erzwangen eine Volksabstimmung, die am 10. Juni 1990 stattfand und in der sich eine Mehrheit für die Wiedereinführung der Gemeindeversammlung aussprach.

1999 ergriff die FDP-Dürdingen die Initiative und nahm mit allen politischen Kräften von Dürdingen Gespräche auf, um abzuklären, wie sie die Frage einer Wiedereinführung des Generalrates momentan beurteilen. Von damals 5 politischen Gruppierungen sprachen sich deren 4 dafür aus, dass diese Frage berechtigt ist und dass sie das Ergreifen eines Referendums unterstützen würden. Ohne Mühe wurden die notwendigen Unterschriften zusammengebracht und am 21. Mai 2000 kam es zur Volksabstimmung. Die Bevölkerung von Dürdingen hat sich an dieser Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 58% gegen die Wiedereinführung des Generalrates ausgesprochen.

Eine Gemeinde ist kein statisches Gebilde, sie entwickelt sich auf allen Ebenen stets weiter (Einwohnerzahlen, Infrastrukturen, Schulen, Finanzen,

etc.), diese Tatsache veranlasste die politischen Gruppierungen erneut aktiv zu werden. Diesmal hat sich unter der Federführung der CVP ein Initiativkomitee gebildet, in dem alle politischen Gruppierungen vertreten sind. In relativ kurzer Zeit wurden weit mehr als die notwendigen Unterschriften zusammengebracht und beim Gemeinderat eingereicht. Nach Beglaubigung der Unterschriften hat der Gemeinderat die Initiative als gültig erklärt und den Abstimmungstermin auf den 29. November 2009 festgelegt.

Wann stossen demokratische Spielregeln an Grenzen?

An dieser Frage haben sich schon viele Persönlichkeiten, Sachverständige, Gelehrte und Besserwisser die Zähne ausgebissen. Unser urdemokratisches Selbstverständnis lässt keine Zweifel aufkommen, die Gemeindeversammlung ist der Inbegriff der direkten Demokratie. Die Gemeindeversammlung gibt jeder Bürgerin und jedem Bürger das Recht und die Möglichkeit, Stellung zu beziehen und JA oder NEIN zu sagen.

Dieses Recht ist nicht so viel wert wie manche glauben. Die Kompetenzen und Entscheidungsfreiheiten auf Gemeindeebene werden im Allgemeinen erheblich überschätzt. Die Gemeinde ist das unterste Glied unserer politischen Institutionen. Die Gesetze und Regeln für das Funktionieren unserer Gesellschaft werden auf Bundes- und Kantonebene gemacht. Den Gemeinden fällt die Aufgabe zu, den auf höherer Ebene gemachten Gesetzen zum Durchbruch zu verhelfen. Die Gemeinden haben die Funktion, die im Mittelalter den Landvögten zukam. Sie sollten die Befehle von Kaisern und Königen dem Volk überbringen und für deren Einhaltung sorgen. Um die Motivation auf Gemeindeebene nicht vollends abzuwürgen, wird in einigen wenigen Bereichen eine gewisse Autonomie gewährt, wie etwa in der Raumplanung und im Finanzwe-

sen. Diese Freiheiten bewegen sich aber in sehr engen Grenzen, zudem darf eine Gemeinde in gewissen Fällen Bundes- und Kantonsrecht weiter verschärfen aber nie auflockern. In unserem politischen System ist die Gemeinde die Vollzugsebene. Das politische Engagement fokussiert sich darauf, Regeln, Gesetze und Entscheide möglichst bürgernah umzusetzen. Diese Aufgabe ist spannend und anstrengend zugleich. Es bedingt gute Dossierkenntnisse, viel Arbeit und Geduld bis ein Projekt die Entscheidungsreife erlangt hat und mehrheitsfähig ist. Damit in Erwägung aller Vor- und Nachteile eine korrekte, sachbezogene Entscheidung gefällt werden kann, müssen sich auch die «Entscheider», sprich Bürgerinnen und Bürger, eine minimale Dossierkenntnis aneignen, ansonsten sind Fehlentscheide vorprogrammiert. Diese Dossierkenntnis fehlt oft bei Entscheiden an einer Gemeindeversammlung.

Welches ist der bessere Weg für die Zukunft ?

Die Herausforderungen für die Zukunft werden nicht abnehmen. Unsere Gemeinde entwickelt sich immer weiter und die Gemeindebehörden sind in der Pflicht die nötigen Infrastrukturen für Schulen, Ver- und Entsorgung, Sport, Verkehr und vieles mehr bereitzustellen. Der einzelne Bürger beansprucht für sich und sein Umfeld ein Optimum und versteht die Gemeinde als Service Public. Dabei wird oft ausgeblendet, dass jeder Anspruch Kosten verursacht. Diese Kosten sind in Form von Steuern wieder zu decken. Die verantwortlichen Gremien (Gemeindeversammlung, Kommissionen, Gemeinderat) sind in der Pflicht, Anspruch und Steuerlast in einem ausgewogenen Gleichgewicht zu halten. Bei der heutigen Organisation lastet auf dem Gemeinderat eine grosse Verantwortung. Geschäfte, die an der Gemeindeversammlung vorgelegt werden, sind im Gemeinderat und in der Verwaltung über Monate, wenn nicht

Jahre ausgearbeitet worden. Gemeinderat und Verwaltung haben einen grossen Wissensvorsprung. Die Bürgerin, der Bürger muss anhand einer Botschaft mit Antrag entscheiden. Selbst wenn bei dem einen oder anderen Zweifel über ein Geschäft vorhanden sind, getrauen sich nur wenige, vor versammelter Menge das Wort zu ergreifen. Findet sich trotzdem ein Mutiger, hat er in den meisten Fällen keine Chance das Blatt zu wenden. Bei der Wiedereinführung des Generalrates würde dem Gemeinderat und der Verwaltung ein starkes Kontrollgremium gegenüber gestellt. Die Mitglieder des Generalrates haben besseren Zugang zu den Dossiers und beschäftigen sich, ihrem Mandat entsprechend, intensiver mit den anstehenden Geschäften und Projekten. Das Risiko von emotional gefällten Zufallsentscheiden wird minimiert. Die Verantwortung, die heute der Gemeinderat trägt, wird besser verteilt und breiter abgestützt. Deshalb bin ich für die Wiedereinführung des Generalrates und unterstütze das Initiativkomitee.

Franz Schneider
Gemeinderat Dürdingen

Impressum

FDP Sense:
Postfach 266
3186 Dürdingen

Impuls:
Yvonne Pittino
Alpenstrasse 16, 3178 Bösinggen
e-mail: fdp-impuls@rega-sense.ch

Inserate:
SENSIA AG
Bonnstrasse 22, 3186 Dürdingen
e-mail: office@sensia.info

Druck:
SENSIA AG, 3186 Dürdingen